

Die » Linkspartei «:

Alles für **Kapital + Vaterland** -

Für Linke nur **Lug + Betrug**

So war sie immer, die Sozialdemokratie. Sobald ihr prokapitalistisches Wesen offen da liegt, sobald wirklich niemand mehr die ewige Lüge »Wir-sind-die-Partei-der-sozialen-Gerechtigkeit« glaubt, wird 'ne neue Tapete verklebt. Die neueste heißt Linkspartei und ist die PDS.

Frisch verkleidet gelingt ihr die restlose Versozialdemokratisierung, das belegen Praxis und Programm. Die PDS will als Linkspartei die neue, jetzt auch gesamtdeutsche, sozialdemokratische Partei sein. Sie hat sich mit einigen sorgsam ausgewählten sozialdemokratischen Westpromis dekoriert. Die WASG-Basis schaut diesem Theater weitgehend einflusslos zu. Sie schreibt weder das Drehbuch noch inszeniert sie das Stück. Sie darf bloß Tapetenkleister anrühren.

Viele Menschen haben die Schnauze voll von der Einheitspartei CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNE. Aber viele verschließen die Augen vor dem brutalen Sozialabbau und der Gesundheits- und Naturzerstörung, die die PDS dort betreibt, wo sie in der Landesregierung ist, in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern.

Linke Hoffnungen auf die Linkspartei sind irrational. Sie enthalten die Sehnsucht von Untertanen, dass »oben« jemand alles in Ordnung bringt.

Die Linkspartei benutzt ihren Namen als Lockmittel für WählerInnenstimmen. Sie benutzt die Hoffnung der Menschen auf ein besseres Leben. Sie zersetzt damit die Bereitschaft der Menschen, sich selbstbestimmt zu wehren. Die Anpassung an sozialdemokratische »Vernunft« ist aber – so wie das Geschwätz von »Sachzwängen«, »Realpolitik« oder »Standortinteresse« – nichts als die Unterwerfung unter die Verwertungsinteressen des Kapitals. Nur dafür steht die Sozialdemokratie, gleichgültig ob sie SPD, PDS oder Linkspartei heißt.

Die Sozialdemokratie will keinen Bruch mit den weltweiten Gewaltstrukturen des Kapitalismus. Deshalb stehen ihr soziale Utopien für ein anderes Leben, das die freie Entfaltung aller Menschen gewähren könnte, im Weg. Deshalb stört jeder Gedanke an eine wirkliche soziale Emanzipation. Deshalb gibt die Linkspartei Ziele wie Sozialismus oder Kommunismus im Marxschen Sinne auf.

Die Linkspartei steht fest auf kapitalistischem Boden: Gregor Gysi machte 1996 klar, dass sein »demokratischer Sozialismus« das Privateigentum an *Produktionsmitteln einschließt* und dass die Interessen dieser EigentümerInnen zu schützen sind.¹ Gysi will das Kapital auf keinen Fall überfordern. Er verspricht »eine Politik zur Ansiedlung neuer Industrie und Dienstleistungen« (2001).² Im Klartext: Noch mehr Umverteilung von Steuern und Staatsvermögen von unten nach oben. Damit sind Subventionen und Geschenke aller Art gemeint: Geld, Grundstücke, Infrastruktur, alles zum Nulltarif. »Nur bitte«, schluchzt die Linkspartei, »verspricht uns wenigstens Arbeitsplätze!« Aber sie weiß, dass es die nicht geben wird. Die hohen Profitsteigerungen machen den Banken und Konzernen Hunger auf noch mehr Beute.

Die Motive der AnhängerInnen der Linkspartei sind Illusionen, Resignation, Verzweiflung, Opportunismus und Bequemlichkeit. Das nährt das Mitgefühl mit dem deutschen Kapital (die Abneigung gegen das angeblich davon getrennte, ganz anders geartete »internationale Finanzkapital« – immer mit antisemitischer Einfärbung – ist umso größer). Für die Linkspartei ist das Kapital nur dann schlecht, wenn es – durch so genanntes leistungsloses Einkommen (z. B. Zinsen) – »rafft statt schafft«.³ Da ist es doch logisch, dass Ausbeutung staatlich gefördert werden soll, schließlich handelt es sich um die Leistung des Kapitals und nicht der ausgebeuteten LohnarbeiterInnen.

Die Linkspartei, Reinkarnation der PDS als gesamtdeutsches sozialdemokratisches Projekt, will eigentlich nur eines: Mitregieren und Machtteilhabe. Deshalb soll sie eine linke Volkspartei (Lafontaine) werden – Betonung auf »Volk«.⁴ Oskar Lafontaine bereitete schon der Koalition von SPD und Grünen den Weg. 2001 lobte er die Koalitionsfähigkeit der PDS mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern.⁵

Wer die Linkspartei wählt, akzeptiert den Kapitalismus als unveränderliches Schicksal, wählt Ausbeutung, Sozialterror, Rassismus, Militarismus und imperialistischen Krieg, versteckt unter dem Deckmantel der UNO.

Das sozialpolitische Programm von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi läuft bestenfalls darauf hinaus, einzelne Elemente des Sozialterrors der SPD/Grüne-Regierung hin- und herzuschieben und Hartz IV vielleicht einen anderen Namen zu geben. Viel mehr will die Partei auch nicht. In den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist die PDS schon das, was die Linkspartei im Bund erst noch werden will: die Betreiberin und Verwalterin des Sozialterrors im Interesse des Kapitals. In beiden Ländern setzt die PDS das Verarmungsprojekt Hartz IV um. In Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich die mitregierende PDS daran, mindestens 10 bis 45 Millionen Euro für den Schutz der Herrschenden beim G 8-Gipfel im Jahr 2001 in Heiligendamm zu verprassen.⁶ Lafontaine sagte 2001 anerkennend: »Die PDS

Ökologische Linke

Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesrat einem Steuergesetz zugestimmt, das vor allem das Großkapital um 30 Milliarden Mark im Jahr entlastet. [...] Die schrittweise Integration der PDS [...] ist nicht aufzuhalten.«⁷

Die SPD/PDS-Regierungen in beiden Ländern stehen für die Privatisierung öffentlichen Eigentums und den Austritt dieser Länder aus dem Bundesverband öffentlicher »Arbeitgeber«.⁸ »Links« sein à la »Links« partei bedeutet auch: Zerstörung von Flächentarifverträgen. PDS und SPD in Berlin sind stolz darauf, der städtischen BVG einen bundesweit einmaligen Tarifvertrag aufgezwungen zu haben: Er enthält Lohnverzicht und Streichung des Urlaubsgeldes.⁹ Verlängert die Liste selbst...

Das Führungsgespann Lafontaine und Gysi hat praktische Erfahrungen auf dem Schlachtfeld der sozialen Grausamkeiten.

Dazu gehören bei **Lafontaine**:

- die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich (1988);¹⁰
- längere Maschinenlaufzeiten insbesondere durch Wochenendarbeit (1988/1989);¹¹
- Erhöhung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst (Lafontaine als Ministerpräsident des Saarlandes 1993);¹²
- das Plädoyer für Arbeitszwang und »strenge Regeln« bei der Zahlung von Sozialhilfe (1998);¹³
- die Gewährung sozialstaatlicher Leistungen, z. B. die Unterstützung Erwerbsloser nur noch nach deren »Bedürftigkeit«, also Abschaffung der Arbeitslosenversicherung zur Senkung der so genannten Lohnnebenkosten (1998);¹⁴
- die Heraufsetzung des »tatsächlichen Renteneintrittsalters« (2003).¹⁵

Gregor Gysi ist nicht weniger »links«:

- Er verlangte die Privatisierung der über eine so genannte Grundsicherung hinausgehenden Altersvorsorge (1999);¹⁶
- als Wirtschaftssenator in Berlin betrieb er den Stellenabbau im öffentlichen Dienst, um eine halbe Milliarde Euro einzusparen (2002);
- mit einem so genannten solidarischen Beschäftigungspakt erpresste er von den Beschäftigten den Verzicht auf Gehaltserhöhungen und auf die Hälfte des Urlaubsgeldes, indem er mit »betriebsbedingten Kündigungen« drohte (2002).¹⁷

Die sozialdemokratisch-rassistische Dreckschleuder Lafontaine will die deutschen ArbeiterInnen schützen – vor »Fremdarbeitern«. Der rassistische Begriff aus dem NS-Faschismus, der den Begriff »fremdrassig« anklingen lässt, zeigt, was er denkt. Dass er sich scheinheilig auf den Duden beruft (als ob der die NS-Herkunft deutscher Wörter prüft) lässt die Affäre eher noch mehr stinken.¹⁸

Lafontaine hetzt nicht zum ersten mal gegen AussiedlerInnen und Asylsuchende. Er forderte schon 1989 die Abschaffung des Asylrechts und ist stolz darauf, 1992 zum »Asylkompromiss« von CDU, SPD und FDP beigetragen zu haben: der faktischen Abschaffung des Asylrechts.¹⁹ Das beweist doch: Sozialdemokraten sind keine »vaterlandslosen Gesellen«.

»Ausländerfeindlichkeit« entsteht laut Lafontaine durch Zuwanderung.²⁰ Er sagt: »Der Staat ist verpflichtet, seine Bürger und Bürgerinnen zu schützen, er ist verpflichtet, zu verhindern, dass Familienväter und Frauen [! Red.] arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.«²¹ Motto: Grenzen dicht. Wo keine MigrantInnen sind, gibt's auch keinen Rassismus; wir wissen ja: keine JüdInnen, kein Antisemitismus.

Wer ihn wegen seiner grobschlächtig-rassistischen Einlassungen kritisierte, den diffamierte er als »Betroffenheitslyriker«. Mensch muss das verstehen. Sein Rassismus dient einem guten deutschen Zweck: »Wir dürfen das Thema Schutz vor Billiglohnkonkurrenz nicht der NPD überlassen. Die NPD hat Probleme, wenn eine linke Partei konsequent Arbeitnehmerrechte vertritt.«²³ Aha. Weil sonst die FaschistInnen ArbeiterInneninteressen vertreten? Weil »irregeleitete« deutsche braune Brüder und Schwestern von der Linkspartei heim ins Reich geholt werden müssen? Auch Gysi will der NPD »irregeleitete Wähler wegnehmen«. Der Hinweis, dass es VertreterInnen von Kapital und Staat sind, die Arbeitsplätze vernichten und unter anderem Billiglohnmärkte mit Hartz IV schaffen wollen, lenkt da nur ab.

Die PDS – pardon, die Linkspartei – bestreitet oder verharmlost Lafontaines Rassismus. Die einen dementieren hastig: Am rechten Rand fischen ist mit der PDS nicht zu machen! Aber gleich neben ihnen stehen die Fischer am rechten Rand und angeln munter weiter.

Lafontaine befürwortete, wie Berlusconi und Schily, die Errichtung von Flüchtlingslagern in Nordafrika, die die EU finanzieren soll.²⁵ Er lehnt den EU-Beitritt der Türkei ab.²⁶ Natürlich nur, weil dort KurdInnen und TürkInnen gefoltert wer-

den, nicht etwa aus rassistischen Gründen. Folter in Deutschland ist allerdings etwas anderes. Wir reden jetzt nicht von Haftbedingungen und Abschiebeknästen. Der Frankfurter Polizeizeitungspräsident bedrohte einen Festgenommenen mit Folter. Laut der UN-Anti-Folter-Konvention (Artikel 1) von 1984 ist das bereits Folter. Lafontaine sagt, er hätte »genau so gehandelt«. Würde der Beamte bestraft, sei das »eine Katastrophe für den Rechtsstaat«. Mensch müsse »formale Verfassungsartikel« schon mal außer Acht lassen, alles andere sei »Prinzipienreiterei«. Dazu passt auch, dass Lafontaine nicht davor zurückschreckt, in *Mut* zu schreiben, einer Zeitschrift am rechten Rand.²⁸

Gysi demonstriert seit langem »Toleranz« nach rechts: Im Oktober 1993 wollte er mit dem Chefredakteur der *Jungen Freiheit* an einer Podiumsdiskussion in Potsdam teilnehmen. Wie ärgerlich, dass der Potsdamer SPD-Oberbürgermeister die Veranstaltung einfach verbot. 1994 hatte Gysi mehr Glück. Da durfte er in Stuttgart mit dem rechtsextremen Manfred Brunner (bis 1999 Vorsitzender des Bundes Freier Bürger) diskutieren und bemängeln, dass die Linke »ein gestörtes Verhältnis zur Nation« habe.²⁹

Die PDS, jetzt die Linkspartei, ist ohne nationalistische Positionen nicht denkbar. Die PDS-Führung trennte sich nie von dem Flügel um die PDS-Funktionärin Christine Ostrowski. Ostrowski, stellvertretende Bundespartei-Vorsitzende und Vorsitzende der PDS Dresden, kungelte regelmäßig mit Rechtsextremen. 1993 traf sie sich mit Constantin Meyer, einem Funktionär der verbotenen Nazi-Gruppe »Nationale Offensive«, zu einem nichtöffentlichen Gespräch über gemeinsame Jugendprojekte. Erfreut stellte sie Übereinstimmungen von Ansichten »bis hin zum Wortlaut« fest.³⁰ Auch Lothar Bisky verteidigte Ostrowski. Mit Gysi hielt er ihren Rücktritt für überflüssig. Im Gegenteil: Ostrowski durfte von 1998 bis 2002 für die PDS in den Deutschen Bundestag einziehen. Prompt erklärte sie, die PDS müsse sich zur »Stimme des Protestes« auch ausländerfeindlicher Bauarbeiter machen (1998).³¹

Wir haben auch das Verständnis vieler PDS-Mitglieder und FunktionärInnen für die Motive der potenziellen rassistischen MörderInnen bei den Pogromen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) nicht vergessen!

Wer sozialdemokratisch wählt, wählt auch Krieg. Die Berliner SPD/PDS-Regierung stimmte im Mai 2005 im Bundesrat für die EU-Kriegsverfassung.³² Die Linkspartei wird imperialistische Kriegseinsätze unterstützen, sobald sie auf Bundesebene mitregieren darf. Sie wird das in

der Opposition zu verschleiern versuchen und den Übergang theatralisch inszenieren, wie wir das von den Grünen kennen.

Lafontaine ist weder Pazifist noch Antimilitarist. Schritt für Schritt hat er über die Jahre hinweg den imperialistischen Krieg befürwortet. In den achtziger Jahren, auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung, deutete er an, ein Gegner der NATO zu sein. In einem *Spiegel*-Streitgespräch mit Jutta Ditfurth gab er 1987 schließlich zu, dass er die NATO für reformierbar halte. Als Ministerpräsident des Saarlandes hatte er nichts gegen die NATO-Wintex-Cimex-Manöver einzuwenden, mit denen im März 1987 die Vorbereitung auf Notstand und Atomkrieg eingeübt wurde.³³ 2001 machte er das Bekenntnis zur



NATO zu einer Bedingung für mögliche Koalitionen der SPD mit der PDS: »Solange sie [die PDS] die NATO ablehnt, kann man mit ihr keine Außenpolitik machen.«³⁴

Der Hebel zum imperialistischen Krieg ist auch bei der Linkspartei die UNO. 1999 erkannte die Führung der PDS um Gysi und Bisky das Gewaltmonopol der UN an.³⁵ Sie ignorierten, dass in der UNO – aufgrund ihrer Finanzmittel und ihres Vetorechtes – die USA dominieren. Die PDS erkannte 2003 auf ihrem Parteitag in Chemnitz mit ihrem neuen Grundsatzzprogramm das Gewaltmonopol der UNO an. Damit stimmte sie UN-Militäreinsätzen und so genannten friedenserzwingenden UN-Einsätzen zu.³⁶ So verlangte es auch der Fraktionsvorsitzende Gysi von seiner PDS-Fraktion.³⁷ – Das ist gemeint, wenn die Linkspartei im Entwurf ihres Wahlprogramms verlangt, die UNO solle gestärkt und reformiert werden.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hielt Gysi begrenzte militärische Einsätze der NATO zur »Strafverfol-

gung« für möglich.³⁸ Damit wurde er ein »Tabubrecher« für die Schilys, Strucks und Becksteins, die Militäreinsätze gegen die Bevölkerung im Grundgesetz verankern wollen. Gysi und André Brie (PDS-EU-Abgeordneter) forderten 2002 in einem offenen Brief an Lafontaine, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, also der Aufbau einer EU-Militärmacht, zu stärken sei – als Antwort auf den imperialistischen Kriegskurs der USA.³⁹ Damit rannnten sie bei Lafontaine offene Türen ein.

Die Linkspartei fordert unter der Überschrift »Deutschland verweigert den Kriegsdienst« den Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee.⁴⁰ Konsequenter Antimilitarismus? Abschaffung der Bundeswehr? Nichts da! Die Linkspartei bleibt gefangen in den Grenzen der Um-schichtung – nicht der Abschaffung! – von Gewaltstrukturen.

Das Ziel der Linkspartei ist es, das Gewaltmonopol der UNO und die Handlungsfähigkeit der EU-Diktatur zu stärken. Das sind die Voraussetzungen, um im Chor der Herrschenden mitsingen zu dürfen. Die Sozialdemokraten von der Linkspartei richten sich in den herrschenden Verhältnissen ein, geködert und befriedet mit Bundestagsdiäten und hohen Staatspensionen. Sie haben Finanztöpfe, Personaletats, Stiftungen usw., auch um Teile der Linken einzukaufen. Die Folge: eine umso effizientere Überwachung und Repression der verbleibenden, staats- und kapitalunabhängigen linken Opposition und der ausgebeuteten und/oder marginalisierten Opfer ökonomischer Gewaltstrukturen.

In den programmatischen Texten und Äußerungen der Linkspartei findet sich kein einziges klares Wort zur Ökologie. Handeln gegen die Zerstörung der natürlichen Grundlagen von Gesundheit und menschlichem Leben scheint noch immer ein Nebenwiderspruch zu sein. Unter dem Niveau der aufgeweichten Grünen – und dieses Niveau ist sehr, sehr tief – blubbert die Linkspartei: »Nachhaltigkeit«. Das Wort bedeutet nichts mehr. Keinen Eingriff in die Produktion. Keine Umwälzung der internationalen Arbeitsteilung. Nur nachhaltig viel Kapitalismus.

In überschaubaren zwölf Wahlperioden, so etwa bis 2050, will die Linkspartei Energie nur noch aus erneuerbaren Energiequellen produziert sehen. Viele von uns sind da schon ziemlich tot. Die Meisterin der Sprechblasen will bis dahin »große internationale Kooperationsprojekte« vorantreiben. Mit Energiekonzernen und der internationalen Atomenergiebehörde?

Jahrelang hat die SPD/Grüne-Bundesregierung die tatsächliche *Modernisierung* von Atomanlagen und Atomprogramm als »Ausstieg« mystifiziert. Die Linkspartei trägt zum Betrug bei, indem sie diese rotgrüne Modernisierung, die den nahtlosen Übergang zur Atomfusion möglich macht, als »zaghaften Atomausstieg« anerkennt. Bundeskanzler Schröder lobte die Linkspartei, damals noch PDS, im Juli 2000 in Greifswald, weil sie dort über das übliche Maß der Aufgabenverteilung hinaus die Atomfusion fördert.⁴¹

Mindestens für die nächsten fünf Jahre stimmt die Linkspartei der weiteren Vergiftung der Luft vor allem in Ballungsgebieten durch Feinstaub zu. Selbst die miesen EU-Empfehlungen sind besser. Für andere chemische Gifte gibt's gleich einen Freibrief der Linkspartei für alle Ewigkeit. Lafontaine und Co. wollen nichts anderes als die rotgrüne Umwelttechnokratie und Naturzerstörung fortsetzen.

Die Linkspartei preist die »Bio- und Gentechnologien«. Sie lehnt nur die Patentierung ab und begnügt sich mit »gentechnikfreien Zonen«. Mit ihren »Möglichkeiten« – also mit dem sich selbstvermehrenden Risiko (Freisetzung genetisch manipulierter Mikroorganismen) und der Tendenz zur Selektion (beim Menschen) – will sie »verantwortungsbewusst« um gehen.⁴² Vielleicht Blauhelme für alle GentechnikerInnen?

Mit der Linkspartei, die von der ökologischen Frage als untrennbarem Teil der sozialen Frage nichts wissen will, geht die Zerstörung der Natur und unserer Gesundheit weiter. Wäre es anders, wäre die Linkspartei gezwungen, antikapitalistisch zu sein und müsste Programmpunkte wie den Erhalt bzw. die Stabilisierung des Kapitalismus aufgeben. Im PDS-Jargon heißt das »Kapitalmacht begrenzen«. Der Kapitalismus bleibt erhalten, das Kapital soll sich aber, bitte schön, »sozial verantwortlich verhalten«, und das trotz des Zwangs zur Profitmaximierung.⁴³

Die Linkspartei fordert die Verschulung der Kindheit in den ersten Lebensjahren. Mehr Leistungsdruck schon für kleine Kinder. Mehr kapitalistischen Verwertungsgesichtspunkten unterworfenen, zweckgebundenen Spielen und Lernen. Das gleiche Ziel hat die geforderte Zentralisierung des Bildungswesens. Die Reste der emanzipatorischen Spielräume, manchmal ermöglicht durch föderale Widersprüche und die Länderhoheit im Bildungswesen, werden als »Kleinstaaterei« diffamiert und sollen geschleift werden.

Wir finden kein Wort über die EU-Vorgaben zum Umbau der Universitäten. Die Linkspartei sagt auch nichts zur dramatisch wachsenden Steuerung von Forschung und Arbeitsschwerpunkten an fast allen Universitäten durch Kapitalgruppen, die sich mit Hilfe von Sponsoring und in Gremien massiven Einfluss verschaffen.

Auch die Ausbeutung der so genannten Dritten Welt, des Trikont, und der Verteilungskampf in den kapitalistischen Zentren auf dem Rücken der Menschen in der kapitalistischen Peripherie ist kein Thema der Linkspartei. Keiner ihrer FunktionärInnen ist neu im Politikgeschäft. Sie wissen, was sie (nicht) tun. Die Linkspartei fordert, wie die SPD, nur die Streichung einiger Schulden für die ärmsten Länder (Schulden, die ohnehin von den Gläubigerbanken abgeschrieben sind) und vielleicht eine Anhebung der Entwicklungshilfe auf das von der UNO geforderte (viel zu niedrige) Niveau.

Der rote Faden des Programms ist ein grundsätzliches Ja zu allem: Kapitalismus, 40-Stunden-Woche, Sozialterror, Bundeswehr, IWF, Weltbank, UNO, EU und mehr. Nur sollen einige Gewaltstrukturen ein bisschen demokratischer und gerechter gestaltet werden.

Vorbild ist Willy Brandts Lüge »Mehr Demokratie wagen« (1969). Ihr folgten in den siebziger Jahren Radikalenerlass (1972) und Deutscher Herbst (1977). Brandts und der SPD Ziel war, eine unabhängige und eine revolutionäre Linke zu verhindern. Ein Teil der APO wurde amnestiert, viele integriert und manchmal eingekauft. Andere Linke, die sich nicht befrieden lassen wollten, wurden ausgegrenzt, mit Repressionen bedroht, zum Beispiel mit Berufsverboten, und mit dem massiven Ausbau eines repressiven Polizeiapparates. Die neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre, darunter die Anti-AKW-Bewegung, viele linke Initiativen und Projekte sowie politische Gefangene bekamen dann die neuen Waffen der Sozialdemokratie zu spüren.

Dass die neue alte Sozialdemokratie auch heute noch, selbst nach sieben Jahren rotgrüner Regierungspolitik, blöd machen kann, zeigt der »offene Brief an die Linkspartei« vom Juli 2005, organisiert von der Gruppe Antifaschistische Linke Berlin (ALB) und von der Berliner Gruppe FeLS.⁴⁴ Eine Reihe von außerparlamentarischen Initiativen und Gruppen aus der radikalen und radikalreformerischen Linken haben diesen offenen Brief unterzeichnet – unter ihnen etliche Antifa-Gruppen.

Absurderweise »begrüßen« die UnterzeichnerInnen »den Zusammenschluss von PDS und WASG zur Linkspartei«. Geschichtsvergessen hoffen sie, »dass dieser Schritt dazu beiträgt, linke Positionen insgesamt zu stärken und damit auch die Rahmenbedingungen unserer Arbeit zu verbessern«. Die UnterzeichnerInnen werten auf diese Weise eine Partei auf, deren führende Köpfe schon immer genau das vertreten haben, was diese Initiativen und Gruppen eigentlich bekämpfen: Kapitalismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus,⁴⁵ Repression und Überwachung, Militarismus/imperialistische Kriege und konterrevolutionäre Aktivitäten. Ob bei der Novemberrevolution von 1918/19 in Deutschland oder 1974 bei der Revolution in Portugal: SozialdemokratInnen stehen immer auf der falschen Seite.

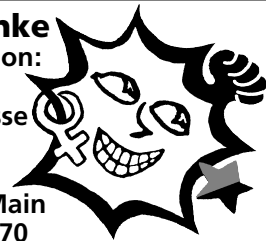
Die PDS war eine ostdeutsche Partei mit ein paar kommunistischen Restbeständen und dem auf geduldigem Papier formulierten Ziel »Sozialismus«. Es bedurfte des Paktes Gysi/Lafontaine und der kleinen antikommunistischen, antisozialistischen WASG, um die PDS in ihre rechtliche Variante Linkspartei zu verwandeln. Ausgerechnet *nach* dieser Rechtsverschiebung und *nach* dieser Versozialdemokratisierung, wird die Linkspartei für einige radikale Linke zur Ansprechpartnerin und sie hieven sie auf den Sockel »Vertreterin linker Interessen«. Leuchtet das nicht ein? Aus Schwäche wird Stärke, wenn mensch sich in die Arme einer linkspopulistischen, rechtslastigen Erfüllungshelfin wirft. Organisation und gemeinsames linksradikales Handeln sind gescheitert? Hoch die Sozialdemokratie!

Sofern mensch die UnterzeichnerInnenliste nicht als Bewerbungsschreiben für Jobs und Projektmittel liest, bleibt die Frage: Warum so viel Geschichtslosigkeit und Irrationalismus? – Schutzbedürfnis? Torschlusspanik? Sehnsucht nach Anschluss an die deutsche Volksgemeinschaft? Wer die Legitimationsbasis einer prokapitalistischen Partei, auch wenn die sich Linkspartei nennt, vergrößert, schadet der unabhängigen Linken.

Die UnterzeichnerInnen kommen dem Wunsch der PDS/Linkspartei, lästige linke KritikerInnen loszuwerden, weit entgegen. Sie nennen sich radikale Linke. Aber sie führen einen Zwei-Klassen-Status für Flüchtlinge ein: Für die, die es geschafft haben, setzen sie sich ein. Aber wer an den hochgerüsteten Mauern der Festung EU-Europa gescheitert ist, hat Pech gehabt. Linke fangen an, zu selektieren. Nicht alle Menschen sind mehr gleich. »Offene Grenzen« – war da mal was? Ohne Not, aber mit eigenen Interessen, geht's nach rechts, Richtung

Ökologische Linke Kontakt & Information:

**Bundeskontaktadresse
Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/59 92 70**



**Bundesbüro Glauburgstr. 20
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/77 63 74
www.oekologische-linke.de**

sozialdemokratischem Pragmatismus und »Realpolitik«. Am Ende des offenen Briefs an die Linkspartei steht das kernige Begehren: »Wir fordern Euch auf, rassistischer und nationalistischer Stimmungsmache entschieden entgegenzutreten!« Die AbsenderInnen machen sich lächerlich.

Links sein bedeutet, eine antikapitalistische, antiautoritäre, radikalökologische, feministische, antirassistische und antinationale Theorie, Praxis und Bündnispolitik zu betreiben, die zum Ziel hat, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Karl Marx).

Ein menschenwürdiges Leben ist nur in einer Gesellschaft ohne Lohnarbeit, Geld und Waren vorstellbar, einer Gesellschaft, die Gebrauchsgüter herstellt, ohne deren Herstellung asketisch-zwanghaft zu regulieren, aber ohne das grenzenlose Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zu Konkurrenz und Leistung, Egoismus, Konsum und Ellenbogengesellschaft. Wir wollen für alle Menschen ein Leben ohne Hunger, Krieg, Ausbeutung und Erniedrigung. Wir wollen eine Gesellschaft, die auf Solidarität und sozialer Gleichheit aufbaut und in der es keine Ausbeutung und keine Herrschaft von Menschen über Menschen mehr gibt. Eine Gesellschaft ohne Nation und Staat, in der sich die Menschen in Räten organisieren und in basisdemokratischen Strukturen bestimmen, wie sie leben und was sie produzieren wollen.

Wir haben keine Wahl – Kampf dem Kapital! ★

**Stellungnahme des
BundessprecherInnenrates der
Ökologischen Linken im August 2005**

**Hinweis: Aus Platzgründen findet Ihr die Quellenangaben für diesen Text auf unserer Website:
www.oekologische-linke.de.**

Quellenangaben:

- 1 Gregor Gysi »'Weit entfernt von jeder Art des Selbstzweifels'«, Antwort des Chefs der PDS-Bundestagsgruppe Gregor Gysi auf den offenen Brief Gerhard Branstners an den PDS-Bundesvorstand, in: *junge Welt* v. 16.10.1996
- 2 Interview mit Gregor Gysi, in: *Die Woche* v. 29.6.2001
- 3 Im Die Linke.PDS »Wahlprogramm-Entwurf« (Juli 2005) und im Wahlmanifest der WASG v. 3.7.2005 wird der Begriff »leistungsloses Einkommen« z. B. für Zinsen und Aktiendividenden verwendet. Silvio Gesell schrieb im gleichen Zusammenhang vom »arbeitslosen Einkommen«.
Eine grundlegende Auseinandersetzung mit Silvio Gesell findet ihr hier: Jutta Ditzfurth »'Der wahrhaft völkisch-gesinnte Mensch hasst den Klassengeist und möchte ein schönes Volksleben. Völkisches Empfinden duldet keine Zinsknechtung'. Silvio Gesell, die Freiwaftschafftlehre und ihre AnhängerInnen«, in: *Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-)Faschismus und Biozentrismus*. (1. Aufl. 1996) Hamburg: Konkret Literatur Verlag 2003 (Neuauf.), S. 74 – 115
- 4 Interview mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, in: *stern* 27/2005 v. 30.6.2005, S. 45; Hermann L. Gremliza »Lafontaine oder Die nationale Lösung der sozialen Frage«, in: *konkret* 9/2004; vgl. auch: *Frankfurter Rundschau* v. 16.3.2001
- 5 Oskar Lafontaine »Die Integration der PDS ist nicht mehr aufzuhalten«, in: *Welt am Sonntag* v. 24.6.2001
- 6 *Die Welt* v. 7.7.2005; vgl. *taz* v. 13.7.2005
- 7 Oskar Lafontaine »Die Integration der PDS ist nicht mehr aufzuhalten«, in: *Welt am Sonntag* v. 24.6.2001
- 8 Winfried Wolf »Wird die Chance verspielt?«, in: *junge Welt* v. 11.6.2005
- 9 *Frankfurter Rundschau* v. 25.6.2005
- 10 *stern* 36/1988 v. 1.9.1988
- 11 Interview mit Oskar Lafontaine, in: *stern* 5/1989 v. 26.1.1989; Interview mit Oskar Lafontaine, in: *taz* v. 28.9.1988
- 12 *Frankfurter Rundschau* v. 26.3.1993
- 13 *junge Welt* v. 10.7.1998; *taz* v. 4.3.1998; Oskar Lafontaine/Christa Müller *Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle*, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH 1998 (2., durchges. und akt. Aufl.), S. 321
- 14 *Der Spiegel* 36/2004 v. 30.8.2004
- 15 Interview mit Oskar Lafontaine, in: *stern* 43/2003 v. 16.10.2003
- 16 Gregor Gysi »Gerechtigkeit ist modern. Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus«, in: *PDS Pressedienst* Nr. 31/99 v. 6.8.1999, S. 8/9
- 17 Interview mit Gregor Gysi, in: *Die Woche* v. 18.1.2002; vgl. PDS Berlin »Warum wir für einen Solidarpakt im öffentlichen Dienst eintreten« v. 26.11.2002, in: www.pds-berlin.de, gefunden am 30.6.2005
- 18 Christian Semler »Lafontaine im Nazi-Jargon«, in: *taz* v. 17.6.2005; *Die Welt.de* v. 17.6.2005, in: www.welt.de, gefunden am 13.8.2005; *Süddeutsche Zeitung Online Ausgabe* v. 24.6.2005, in: www.sueddeutsche.de, gefunden am 13.8.2005; *Frankfurter Rundschau* v. 30.6.2005; *Frankfurter Rundschau online* v. 30.6.2005, in: www.fr-aktuell.de, gefunden am 30.6.2005;
- 19 *Frankfurter Rundschau* v. 12.8.1989; Oskar Lafontaine *Das Herz schlägt links*, München: Econ Verlag 1999, S. 174f; *Jungle World* Nr. 25 v. 22.6.2005
- 20 Oskar Lafontaine *Das Herz schlägt links*, München: Econ Verlag 1999, S. 174; *Jungle World* Nr. 25 v. 22.6.2005; *Frankfurter Rundschau* v. 2.7.2005

- 21 *Die Welt.de* v. 17.6.2005, in: *www.welt.de*, gefunden am 13.8.2005;
Süddeutsche Zeitung Online Ausgabe v. 24.6.2005, in: *www.sueddeutsche.de*,
gefunden am 13.8.2005; *Frankfurter Rundschau* v. 30.6.2005;
Frankfurter Rundschau online v. 30.6.2005, in: *www.fr-aktuell.de*, gefunden
am 30.6.2005;
- 22 Deutsche Presse-Agentur »Linksbündnis. Applaus und Pfiffe für Lafontaine«
v. 18.6.2005, in: *www.stern.de*, gefunden am 30.6.2005
- 23 Interview mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, in: *stern* 27/2005 v. 30.6.2005
- 24 *Ebd.*
- 25 *junge Welt* v. 5.8.2004; *taz* v. 25.8.2004; *taz* v. 11.6.2005;
Süddeutsche Zeitung v. 29.6.2005;
Micha Brumlik »Lafontaines Volksstaat«, in: *Frankfurter Rundschau* v. 16.7.2005
- 26 *taz* v. 25.6.2005; *taz* v. 13.7.2005;
- 27 Micha Brumlik »Lafontaines Volksstaat«, a.a.O.;
Oskar Lafontaine »Soll der Polizei-Chef verurteilt werden?« v. 27.11.2004,
in: *www.bild.t-online.de*, gefunden am 30.7.2005;
Frankfurter Neue Presse v. 18.5.2004; Interview mit Oskar Lafontaine,
in: *taz* v. 28.6.2005; Interview mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine,
in: *stern* 27/2005 v. 30.6.2005
- 28 Peter Kratz »Rechte Genossen«, in: *konkret* 9/1995
- 29 Anton Maegerle »Junge Freiheit-Autoren und ihr politisches Umfeld«,
<http://www.aktiv-gegen-rechts.de/jf.htm>, gefunden: 6.8.2005;
Jürgen Elsässer »Die PDS wird Rep-tilisiert«, in: *konkret* 7/1996
- 30 Jürgen Elsässer »Die PDS wird Rep-tilisiert«, a.a.O.;
Ivo Bozic »Soziale Unsicherheit als Freibrief«, in: *taz* v. 2.11.1998
- 31 Ivo Bozic »Soziale Unsicherheit als Freibrief«, a.a.O.
- 32 Winfried Wolf »Wird die Chance verspielt?«, in: *junge Welt* v. 11.6.2005;
taz v. 28.5.2005
- 33 Jutta Ditfurth *Träumen. Kämpfen. Verwirklichen. Politische Texte bis 1987*, unter
red. Mitarbeit v. Manfred Zieran, Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch 1988,
S. 281/283; Olaf von Hostenbach »Oskar. König von Deutschland Oskar«,
Voyeur 3/1987
- 34 Oskar Lafontaine »Die Integration der PDS ist nicht mehr aufzuhalten«,
in: *Welt am Sonntag* v. 24.6.2001
- 35 Lothar Bisky und Gregor Gysi »Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS«,
Brief an die Mitglieder der PDS, 8.11.1999, in: *PDS Pressedienst* Nr. 45/99
v. 12.11.1999, S. 3
- 36 PDS *Grundsatzprogramm* beschlossen auf dem 8. Parteitag
am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 16f
- 37 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 2.11.1999
- 38 Interview mit Gregor Gysi, in: *Berliner Zeitung* v. 17.9.2001;
vgl. Jens König »Schnauze halten für den Frieden«, in: *taz* v. 19.9.2001;
vgl. Rainer Rupp »Rechtsschwenk. Die Berlin-Wahlen, die PDS und ihr
Spitzenkandidat: Keine leichte Entscheidung«, in: *junge Welt* v. 19.10.2001;
vgl. Wolf Reinhardt »PDS-Vorstand: Jein zur NATO. Sozialisten sollen künftig
zwischen NATO-Strategie und NATO fein unterscheiden«, in: *junge Welt*
v. 16.3.2002
- 39 Uwe-Jens Heuer »Gysi/Brie-Brief an Lafontaine: Abschreckung für
PDS-Wähler?«, in: *junge Welt* v. 5.9.2002; »Wir möchten uns für einen
linken Aufbruch engagieren«, Brief von Gregor Gysi und André Brie an
Oskar Lafontaine, in: *PDS Pressedienst* Nr. 37/2002 v. 13.9.2002, S. 7
- 40 Die Linke.PDS »Wahlprogramm-Entwurf« (Juli 2005), S. 26

- 41 Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Eröffnung der neuen Gebäude des Max-Planck-Institutes für Plasmaphysik v. 7.7.2000, in: www.bundesregierung.de/Reden-Interviews, gefunden am 10.12.2004
- 42 Die Linke.PDS »Wahlprogramm-Entwurf« (Juli 2005), S. 13
- 43 Die Linke.PDS »Wahlprogramm-Entwurf« (Juli 2005), S. 10.
Vgl. PDS *Grundsatzprogramm* beschlossen auf dem 8. Parteitag am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 3: »Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.«
- 44 Offener Brief sozialer und politischer Basisorganisationen an die Linkspartei, v. Juli 2005; vgl. <http://www.offener-brief-an-linkspartei.de>, gefunden am 5.8.2005; Interview mit Tim Laumeyer (einer der AutorInnen des Offenen Briefes an die Linkspartei v. Juli 2005) »Linkspopulismus ist nicht falsch«, in: *Jungle World* Nr. 30 v. 27.7.2005
- 45 Die Linke.PDS, a.a.O. (Quelle 3)